

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP): Road-Pricing - Weitere Abklärungen sind nötig

In der Stadtratssitzung vom 14. Februar 2008 wurde das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt. Zudem wurde die Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht abgelehnt.

London baut aus, Bund, Kanton und die Stadt klären noch immer ab; die Rede ist von einer verursachergerechten Strassenabgabe (VGSA) oder eben von Road-Pricing. Das Prinzip der Kostenwahrheit im Straßenverkehr ist nicht neu, auch in der Schweiz nicht. Erinnerung sei an die Autobahnvignette oder an die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA).

Motiviert von der Motion der Fraktion SP/JUSO vom 22. April 2004 „Road-Pricing löst auch Bern's Verkehrsprobleme“ haben Stadt und Kanton Bern im Frühling 2006 das Projekt „Road Pricing für Bern? Auslegeordnung und Option“ initiiert. Im Bericht des Gemeinderats vom 25. April 2007 nimmt der Gemeinderat dazu Stellung (<http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen1/termine/2007/04.000306/file>). Auch der Bund untersucht, was andere schon umsetzen, und kommt in seinem Bericht vom 16. März 2007 zum Schluss, dank Road-Pricing könnten in Städten und Agglomerationen Staus verhindert werden.

In der Öffentlichkeit steht die Frage nach dem Modell (z.B. Objektabgabe, Kordon, Zonenpreise etc.) im Vordergrund. In der politischen Diskussion geht es um „sein oder nicht sein“ anstatt um die Frage, was mit der Einführung von Road-Pricing erreicht werden kann und soll (Verkehrsverlagerung, Verkehrsreduktion, Geldbeschaffung oder eine Kombination davon). Es muss auch diskutiert werden, wer bezahlt, ob es z.B. Ausnahmen resp. Reduktionen für das lokale Gewerbe und die Anwohnenden gibt, und wie die eingenommenen Gelder verwendet werden (Investitionen in den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr, Deckung von ungedeckten Strassenkosten, die heute in den Gemeinden zum grössten Teil von den Steuerzahlenden berappt werden müssen, Rückzahlungen an die Bevölkerung oder einer Kombination davon). Ansatzweise werden solche Fragen in der Diplomstudie „Gebührenhöhe und Mittelverwendung im Road-Pricing – Mehrheitsfähige Konzepte für die Stadt Bern“ untersucht.¹

Damit die Stadt Bern betreffend Road-Pricing weiterhin eine Vorreiterrolle innehat, möchten wir diese wichtigen Fragen klären. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Road-Pricing nicht die einzige Massnahme zur Bewältigung unserer Verkehrsprobleme ist. Es kann aber, wie viele Studien zeigen, eine wichtige Rolle spielen. Wir bitten den Gemeinderat deshalb, dem Stadtrat einen Bericht vorzulegen und aufzuzeigen:

1. Welche Verkehrsziele mit Road-Pricing in der Stadt und Agglomeration Bern erreicht werden sollen;
2. Welche Gebühren erhoben werden müssten und wer diese bezahlt;
3. Mit welchen finanziellen Einnahmen gerechnet werden kann und wie diese für eine nachhaltige Verkehrspolitik eingesetzt werden können;
4. Wie die technische Umsetzung von Road-Pricing aussieht;

¹ Eingereicht an der Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung HSW Bern von Raymond Bobst und Jonas Widmer, 9. September 2005.

5. Wie die politische Diskussion über Road-Pricing konstruktiv und partizipativ weiter geführt werden kann.

Bern, 21. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP), Stefan Jordi, Annette Lehmann, Beni Hirt, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Thomas Göttin, Ruedi Keller, Christof Berger, Margrith Beyeler-Graf

Bericht des Gemeinderats

Road Pricing kann als Instrument zur Lösung von Verkehrs-, Umwelt- und Finanzproblemen ein bedeutendes Potenzial aufweisen. Dies hat eine im Januar 2007 durchgeführte Diskussionsrunde mit Fachpersonen aus den Städten Bern, Biel und Thun sowie deren Agglomerationsgemeinden und mit Fachpersonen vom Kanton Bern und Bund ergeben (vgl. dazu den Bericht des Gemeinderats vom 19. April 2007 zur Motion Fraktion SP/JUSO: Road Pricing löst auch Bern's Verkehrsprobleme). Road Pricing wird für die Region Bern deshalb als prüfenswertes Instrument betrachtet, welches neben dem interessanten Potenzial aber noch viele offene Fragen aufweist.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Diskussionsrunde haben sich die Stadt Bern (Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün), die Region Bern (vertreten durch die Regionale Verkehrskonferenz Bern-Mittelland, RVK4) und der Kanton Bern (Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion) auf ein gemeinsames weiteres Vorgehen geeinigt. Wie in seiner Antwort vom 18. Oktober 2007 auf das Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold): „Road Pricing – Weitere Abklärungen sind nötig“ ausgeführt, beurteilt der Gemeinderat dieses Vorgehen als sinnvoll.

In Übereinstimmung mit dem vereinbarten Vorgehen haben der Kanton, die Region und die Stadt unter dem Arbeitstitel „Road Pricing für Bern? Weitere Abklärungen und Meinungsbildung in der Region Bern“ die folgenden Arbeitsschritte eingeleitet:

- Die Ergebnisse der zwischenzeitlich vorliegenden Studien aus dem Forschungspaket „Mobility Pricing“ des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) werden mit Blick auf die Region Bern ausgewertet. Ziel ist ein aktueller Überblick über wichtige Fragen wie Ziele, Modelle Gebietsabgrenzungen, technische Lösungen, Einnahmeverwendungen u.a.m. Die Ergebnisse dieser Auswertung sollten im Frühling 2009 vorliegen.
- Auf der Grundlage einer derartigen „Synthese aus Berner Sicht“ kann eine fundierte Diskussion mit Fachleuten und Politikerinnen und Politikern aus Stadt und Region Bern stattfinden. Ziel dieser Diskussion ist es, die gemeinsame Meinungsbildung voranzutreiben. Die Durchführung der Diskussion ist im Sommer 2009 geplant.

Als Ergebnis der Diskussion werden ein Bericht und ein Positionspapier vorliegen, das die Haltung der verschiedenen Akteure in der Region aufnimmt und das weitere Vorgehen aufzeigt.

Parallel zu diesen Arbeiten haben der Kanton, die Region und die Stadt Bern in der Arbeitsgruppe „Road Pricing - Pilotversuche in Städten“ des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) Einsitz genommen. Das ASTRA hat den Auftrag, eine Rechtsgrundlage für die Durchführung von

befristeten Versuchen mit Road Pricing in Städten zu erarbeiten. Obwohl die Eidgenössischen Räte dieses Vorhaben in der Aprilsession (Ständerat) bzw. Sommersession (Nationalrat) 2008 aus der Legislaturplanung des Bundesrats gestrichen haben, hat das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beschlossen, angesichts der Komplexität des Instruments die Vorbereitungsarbeiten für den vorgesehenen Gesetzesentwurf trotzdem fortzuführen. In der Arbeitsgruppe sind neben verschiedenen Bundesvertreterinnen und -vertretern auch die Stadt Zürich vertreten. Der Einbezug von Basel wird geprüft. Der Gesetzesentwurf sollte im Sommer 2009 vorliegen. Ob und wann der Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung geht, ist zum heutigen Zeitpunkt allerdings unklar.

Wie bereits in seiner Antwort vom 18. Oktober 2007 auf das Postulat Fraktion SP/JUSO (Michal Aebersold): Road Pricing - Weitere Abklärungen sind nötig ausgeführt, hält der Gemeinderat zum zeitlichen Rahmen fest, dass die Erarbeitung eines Konzepts für die Ausgestaltung eines Road Pricings erst nach Vorliegen einer Gesetzesgrundlage möglich ist. Zudem wird die Diskussion mit der Region zeigen, ob eine allfällige Vertiefung von Modellen sowie der Einsatz eines Verkehrsmodells sinnvoll sind. Der Kanton erarbeitet zurzeit ein Gesamtverkehrsmodell, welches als wichtige Grundlage ab 2010 als Arbeitsinstrument zur Verfügung stehen wird.

Bern, 14. Januar 2009

Der Gemeinderat